

Frankreich

Christian Lequesne

Die französische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 und die Wahlen zum Europäischen Parlament, die am 7. Juni 2009 stattfanden, gaben die europapolitische Agenda Frankreichs vor.

Bilanz der französischen Präsidentschaft

Nach seiner Wiederwahl im Mai 2007 mit einer komfortablen Mehrheit von 53% der Stimmen bestand das Hauptziel der Politik von Nicolas Sarkozy darin, die Niederlage seines Vorgängers im Referendum zur Europäischen Verfassung im Mai 2005 auf nationaler wie europäischer Ebene vergessen zu machen. Sarkozy führte seine Wahlkampagne 2007 mit dem Schlagwort „Zäsur“. Dieser Ausdruck galt nicht nur für die Innenpolitik, sondern auch für die Europapolitik. Nicolas Sarkozy ist als Politiker nicht mehr oder weniger überzeugter Europäer als Jacques Chirac. In der Reihe der französischen Staatspräsidenten der V. Republik ist ihm vor allem daran gelegen, dass Europa eine Maximierung des nationalen Interesses Frankreichs ermöglicht.¹

In seiner Wahlkampagne vor den Präsidentschaftswahlen hatte Nicolas Sarkozy die Idee einer „Mini-Verfassung“² vorgebracht. Dieser Vorschlag war einer der Beiträge zur Annahme des Vertrags von Lissabon unter der deutschen EU-Präsidentschaft 2007. Der Vertrag wurde am 7. und 8. Februar 2008 durch die beiden Kammern des französischen Parlaments angenommen. In der öffentlichen Meinung stellte Sarkozy das Ergebnis von Anfang an als seine Initiative dar, was manchen Partnern in der Union aufstieß, vor allem den Deutschen. Dieser Anspruch Sarkozys war ein wenig unvorsichtig, denn nach dem „Nein“ der Iren am 12. Juni 2008 musste der französische Präsident die Niederlage in der öffentlichen Meinung in Frankreich für sich verbuchen, vor allem vor seinem euroskeptischen Flügel. Drei Wochen vor Beginn der Präsidentschaft stellte die Ablehnung der Verfassung durch Dublin ein unvorhergesehenes Ärgernis für Paris dar.

Die Präsidentschaft legte ihren Schwerpunkt auf vier im Vorfeld definierte Prioritäten, wie es bei allen französischen Präsidentschaften der Fall war:

- Dem Pakt für Einwanderung und Asyl,
- die Erneuerung der Verteidigungspolitik,
- ein Bestandsaufnahme der Landwirtschaftspolitik
- und die Verabschiedung des Maßnahmenpakets zu Energie und Klimaschutz.

Man könnte als fünfte Priorität noch die Mittelmeerunion hinzufügen.³

Übersetzt aus dem Spanischen von Lisa's Office.

1 Siehe Christian Lequesne, *La France dans la nouvelle Europe. Assumer le changement d'échelle*, Paris, Presses de Sciences Po, collection Les Nouveaux Débats, 2008.

2 Siehe Jahrbuch der Europäischen Integration 2007.

3 Siehe Jahrbuch der Europäischen Integration 2008.

Doch der französische Präsident musste sich vor allem im Krisenmanagement bewähren. Nicolas Sarkozy konzentrierte sein Handeln insbesondere auf diese unvorhergesehenen Vorkommnisse: Er wusste, dass hier die Möglichkeit bestand, seine Führungsqualitäten unter Beweis zu stellen.

Die erste Krise bestand in der Ablehnung des neuen Vertragwerks durch Irland. Während der gesamten französischen Präsidentschaft versuchte Nicolas Sarkozy, auf die irische Regierung Druck auszuüben, damit diese sich für ein erneutes Referendum entschied. Ebenso wollte er die Länder zur schnellstmöglichen Ratifizierung des Reformvertrags zwingen, die das noch nicht getan hatten, vor allem die Tschechische Republik und Polen. Jegliche Politik in Paris gründete auf der Vorstellung, dass die Iren nach der Verhandlung eines Protokolls, das den unterschiedlichen Befürchtungen aller Seiten Rechnung trägt, erneut abstimmen und dann ratifizieren sollten. Paris hatte keinen Plan B im Falle eines zweiten negativen Ausgangs der Abstimmung in Irland. Man ging von der riskanten Annahme aus, dass ein zweites Abstimmungsergebnis positiv sein würde.

Die zweite Krise entstand durch den russischen Einmarsch in Georgien. Die Politik Sarkozys bestand darin, im Namen der Europäischen Union einen eiligen Kompromiss mit Russland einzugehen, da die Administration Bush am Ende ihrer Amtszeit weitgehend handlungsunfähig war. Das Ergebnis war ein Waffenstillstand zwischen Russland und Georgien am 12. August 2008, gefolgt von der Verurteilung der Union bezüglich der einseitigen Anerkennung von Nordossetien und Abchasien durch Russland. Dieser Coup gelang Sarkozy: Er ließ den 27 nicht die Zeit, lange darüber zu streiten, was im Hinblick auf Russland zu tun sei, da er wusste, dass die Positionen von Hauptstadt zu Hauptstadt unterschiedlich waren. Es war jedoch klar, dass der französische Präsident sich auch dem Risiko ausgesetzt hatte, die Regeln zur Abstimmung unter den EU-Partnern zu überschreiten.

Die dritte Krise war die Finanzkrise. Sie wurde in Europa mit der Bekanntgabe der Pleite der amerikanischen Bank Lehman Brothers am 15. September 2008 akut. Die Strategie von Nicolas Sarkozy bestand aus mehreren Schritten: Zunächst berief er einen G4 ein, bestehend aus den größten Volkswirtschaften der Union (Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien), dann ein Treffen der Mitglieder der Eurozone und schließlich ein Treffen aller 27 EU-Staaten. Sein Vorgehen war von größtmöglichem Pragmatismus geprägt. So sieht man nun einen französischen Staatspräsidenten, der plötzlich die verdienstvolle Arbeit der Europäischen Zentralbank würdigt, die er zuvor so oft kritisiert hatte. Es erfolgte vor allem eine Koordination der nationalen Pläne. Die Kriterien für eine Koordination der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden am Ende der französischen Präsidentschaft immer noch offen unter den Mitgliedstaaten diskutiert. Ein heikles Thema, da sehr unterschiedliche und traditionelle nationale Praktiken außer Kraft gesetzt würden. In Frankreich kommentierte die Presse häufig, dass Angela Merkel keine europäische Lösung in der Wirtschaftspolitik wolle. Sie wünsche keine europäische Lösung, die nicht zwangsweise eine Sparpolitik beinhalte, ein Element des wirtschaftspolitischen Paradigmas in Deutschland. In diesem Punkt besteht ein grundlegender Unterschied zu Nicolas Sarkozy, der als Franzose selbstverständlich der Ansicht ist, dass die Belebung der Konjunktur wichtiger sei als die Kontrolle der Staatsausgaben.

Abgesehen vom Krisenmanagement war das „Energie- und Klimaschutzpaket“, das der Rat und das Europäische Parlament im Dezember 2008 angenommen hatten, sicherlich der größte Erfolg, den die französische Präsidentschaft verbuchen konnte. Die größte Niederlage stellte das Projekt der Mittelmeerunion dar, ein rein symbolisches Projekt, für das das

angegriffene Vertrauen der Partner (insbesondere die Tschechen) bei einem begrenzten politischen Nutzen unnötig aufs Spiel gesetzt wurde. Es wäre besser gewesen, von Anfang an den Prozess von Barcelona zu erneuern, um zu versuchen, ihn zum Funktionieren zu bringen, anstatt sich in eine heikle politische Initiative zu stürzen, die jedes Mal an denselben Klippen zerschellt, wenn es um die Beziehungen der EU zu den Mittelmeerstaaten geht: Dem israelisch-arabischen Konflikt, dem Fehlen einer formellen Demokratie in den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers, die Angst der Türkei, ein derartiges Projekt würde sie von ihrem EU-Beitritt ablenken. Dieses Projekt ist exemplarisch für die Macht des Staatspräsidenten in der Definition der französischen Außenpolitik. Es handelte sich um eine Initiative des Sonderberaters des Präsidenten Henri Guaino, der den Beamten im Quai d'Orsay das Leben schwer macht, da sie den europäischen Partnern Initiativen schmackhaft machen sollen, von denen sie selbst nicht überzeugt sind.

Vom Standpunkt der Verfahrensweise aus gesehen, besitzt der Aktivismus von Nicolas Sarkozy den Vorteil, Europa eine gewisse Führungsrolle zurückzugeben. In diesem Sinne wurde die französische Präsidentschaft als erfolgreich angesehen. Doch wäre da nicht die Kehrseite der Medaille. Nicolas Sarkozy nahm sich nicht immer die Zeit, die Verfahrensweisen aus Konsultationen und Kompromissen innerhalb der Gemeinschaft einzuhalten. Es gelang ihm ebenfalls nicht, es den europäischen Institutionen recht zu machen, vor allem nicht der Kommission. Die französische Präsidentschaft 2008 hing einem eher zwischenstaatlich ausgerichteten Modell der europäischen Integration an. Nicolas Sarkozy traf diese Wahl keineswegs als Anhänger der Ideologie der Zwischenstaatlichkeit im Sinne des klassischen Gaullismus, sondern vielmehr, weil er über keine ideologische Vision für Europa verfügt. Für ihn ist in der Politik gemeinhin alles erlaubt, was funktioniert. Und wenn es funktioniert, kümmert man sich nicht um Verfahren. Diese Haltung findet selbstverständlich nicht immer bei allen Mitgliedstaaten Unterstützung, vor allem nicht bei den kleinen EU-Ländern, die an den Verfahren und Regeln innerhalb der Union hängen, die sie letztlich schützen.

Die Europawahlen vom 7. Juni 2009

Die Europawahlen fanden am 7. Juni 2009 statt. Die französischen Wähler konnten 72 Abgeordnete aus acht Regionen in das Parlament schicken. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon steigt die Zahl der französischen Abgeordneten von 72 auf 74.

Seit den ersten Wahlen 1979 ist es bei den Europawahlen noch nie gelungen, die französische Öffentlichkeit zu mobilisieren. Es gibt zahlreiche Gründe für die schwache Wahlbeteiligung: Zunächst ist den Bürgern nicht klar, was auf dem Spiel steht. Es herrscht zudem eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber einer Europäischen Union, deren Größe, Verwaltung und Kompetenzen über das Alltagsgeschehen hinausgehen. Hinzu kommen der komplexe Wahlmodus und die Tatsache, dass Kandidaten und Abgeordnete den Wählern häufig kaum bekannt sind. Der Urnengang vom 7. Juni 2009 wich mit 40,1% Wahlbeteiligung (43,1% in 2004) kaum von der Regel ab. Nahezu sechs von zehn Wählern blieben der Wahl fern. Die Vielzahl an Listen in einigen Wahlkreisen war der Wahlbeteiligung nicht zuträglich. Das Wahlverfahren und der Zuschnitt der Wahlkreise schwächten die Vertretung der kleinen Parteien, also der Parteien, denen es nicht gelang, die 5%-Hürde der abgegebenen Stimmen zu überschreiten.

Wie es die Spezialisten der Wahlgeographie gezeigt haben, beteiligt sich der Süden Frankreichs, vor allem der Südwesten und die Basses Alpes stärker an den Europawahlen,

als wollte man eine allzu zentralistisch ausgerichtete Macht in Paris ablehnen. Umgekehrt verweigern die Grenzregionen (Elsass, Bassin Lorrain, Savoyen) den Urnengang trotz ihrer wirtschaftlichen Integration in den europäischen Raum, vielleicht aus Angst vor dem Verlust ihrer regionalen Identität in einem größeren europäischen Raum.⁴

Eine der wichtigsten Lehren aus dieser Wahl ist der Erfolg der Partei von Nicolas Sarkozy, der Union pour un Mouvement Populaire (UMP), die in zwei Dritteln der Wahlkreise mit 27,88% der Stimmen an der Spitze lag. Zum ersten Mal seit 1979 konnte eine Regierungspartei eine Europawahl gewinnen, was der These widerspricht, dass die Europawahlen als eine Wahl „zweiter Klasse“ zu werten sind, in denen die Regierungspartei bestraft wird. Das Votum für die UMP ist ein Votum mit stark europäischer Dimension. Die UMP erreichte eine Stimmenmehrheit in den Wahlkreisen, die im Mai 2005 „Ja“ zur Europäischen Verfassung gesagt hatten. Nicolas Sarkozy hatte im Vorfeld der Wahlen unablässig darauf hingewiesen, dass die EU-Präsidentschaft seiner Ansicht nach ein großer Erfolg sein würde.

Im Gegensatz zur UMP, dem anderen „Erben“ der klassischen Rechten, erzielte die Demokratische Bewegung Mouvement Démocrate (MODEM) von François Bayrou mit kaum 8,46% der Stimmen auf nationaler Ebene ein schwaches Ergebnis. Die ökologischen Listen hatten seinen Erfolg verhindert, zudem musste MODEM für die sehr persönliche Strategie seines Vorsitzenden François Bayrou büßen, der sich im Wahlkampf für Themen aus der nationalen Politik entschieden hatte (im Gegensatz zum „Absolutismus“ von Nicolas Sarkozy), während man sich von dem Erben der christlich-demokratischen Tradition originär europäische Themen erwartet hatte. Mit einigen wenigen Ausnahmen war MODEM in den traditionell katholischen Regionen erfolgreich. Die Zentristische Partei bleibt im Béarn stark (Hochburg von François Bayrou), ebenso im Grand Ouest, den Causse und der Loire.

Die große Verliererin der Wahl war die Sozialistische Partei (PS) mit kaum 16,48% der Stimmen, nur 0,2% mehr als die Grünen. Die PS verzeichnet in fast allen Wahlkreisen einen Rückgang. In vielen von der Linken gehaltenen Städten musste sich die Sozialistische Partei häufig den Listen der „Europe Ecologie“ geschlagen geben, vor allem in Paris, Lyon, Nantes, Rennes, Caen, Rouen und Toulouse. Dieses schlechte Ergebnis war darauf zurückzuführen, dass die Partei über kein echtes Wahlprogramm verfügte und die Wunden seit dem Referendum 2005 über die Europäische Verfassung nicht verheilt waren. Die PS verzettelte sich zwischen dem Erbe der gegen die Marktwirtschaft eingestellten „alten Linken“ und reformistischen Tendenzen. Es gelang ihr nicht, ein neues Modell der modernen Sozialdemokratie durchzusetzen. Zudem gab es bereits vor dem Wahlkampf heftige Kontroversen in den Regionen, da hier die „Schwergewichte“ der Partei urplötzlich zu Spitzenkandidaten gekürt wurden (Henri Weber im Wahlkreis Centre, Vincent Peillon im Süd-Osten), was unter den Sozialisten vor Ort erhebliche Irritationen hervorrief.

Die größte Überraschung dieser Wahl war das erfolgreiche Abschneiden der von Daniel Cohn-Bendit angeführten Liste „Europe Ecologie“. Mit 16,28% der abgegebenen Stimmen positionierten sich die Grünen eher links im politischen Spektrum und waren den Sozialisten hart auf den Fersen. Das gute Ergebnis lässt sich mit einer aktiven Wahl-

4 Siehe Céline Colange, Michel Bussi und Jean-Paul Gosset: „Les élections européennes de 2009 en France. Existe-t-il un vote des grandes régions?“, in: Revue européenne de géographie, www.cybergeu.eu/index22543.html.

kampagne erklären, die sehr früh mit Themen rund um Europa geführt wurde, aber auch durch eine Verschiebung eines Teils der Wählerstimmen von der PS und MODEM. Die Grünen konnten ihre besten Ergebnisse in den großen Städten und deren Umland erzielen, vor allem im Westen und in der Region Paris (insbesondere in der Hauptstadt selbst) sowie im Südwesten. Dennoch haben es die Grünen immer noch schwer, sich in den industriell geprägten und den ländlichen Gebieten im Norden sowie in der Mitte Frankreichs durchzusetzen. Im Gegensatz zu anderen Listen spielte die Persönlichkeit ihrer Parteiführer eine Rolle. Das trifft auf den ehemaligen 68er Daniel Cohn Bendit in der Ile-de-France zu oder auf den militanten Globalisierungsgegner José Bové in den Causses. Cohn Bendit nutzte seinen europäischen Hintergrund (deutscher Staatsbürger, tritt in Frankreich an, um vor allem in Straßburg und Brüssel zu arbeiten), sein antikonformistischer Stil (der beispielsweise darin besteht, die Gäste in Fernsehrunden zu duzen) belebte die politische Debatte.

Vier links von der PS angesiedelte Listen waren zu dieser Wahl angetreten, die die Europäische Union für zu liberal halten. Sie vereinigten insgesamt 12,25% der Stimmen auf sich. Allein die Front de Gauche (Vereinigung der neuen „Linkspartei“ aus Abtrünnigen der PS und der kommunistischen Partei) stellt mit 6,05% der Stimmen vier Abgeordnete, während die anderen Parteien der extremen Linken keinen Abgeordneten entsenden können.

Diese Europawahl markiert ebenfalls die Stabilität der souveränistischen und nationalistischen Strömungen von rechts. Das Bündnis zwischen dem rechten Souveränisten Philippe de Villiers und dem Führer der Partei der Jäger und Fischer Frédéric Nihous unter dem Banner der transnationalen euroskeptischen Bewegung „Libertas“ tauchte als neues Phänomen auf. Die Reden dieser beiden Persönlichkeiten, die sich anscheinend diametral gegenüberstehen, finden beim Thema Verteidigung der heimischen Identität gegen ein uniformistisches Europa wieder zusammen. Die Wahl bringt jedoch die Erosion der nationalstaatlich ausgerichteten rechten Strömung zum Ausdruck, allerdings nicht im Westen des Landes, da Philippe de Villiers hier persönlich stark verwurzelt ist.

Der Abstieg der extrem rechten Front National, der seit der Präsidentschaftswahl 2007 zu beobachten war, bestätigte sich in dieser Wahl mit einem Ergebnis von gerade mal 6,34%. Der Stimmenverlust hängt sicherlich mit der Tatsache zusammen, dass der „alte“ Parteiführer Jean-Marie Le Pen langsam nachlässt und er seine Schwierigkeiten hat, einen echten Nachfolger in der Partei zu bestimmen. Ferner ist der Stimmenrückgang ebenfalls darauf zurückzuführen, dass Nicolas Sarkozy es verstand, einen Diskurs um die Themen Kampf gegen die illegale Einwanderung oder die Sicherheit in den Städten zu entwickeln, der die Front National um Wählerstimmen gebracht hat. Wähler der Front National bleiben weiterhin junge Arbeiter und Arbeitslose.

Die französischen Wähler zeigten, dass sie Europa nicht verabscheuen, aber dass sie konkrete Antworten von ihren Politikern im Hinblick auf die Zukunft der europäischen Integration erwarten. Die französische Bevölkerung lehnt die europäische Integration nicht an sich ab. Es besteht vielmehr das Problem, ihnen das richtige Modell zu zeigen. Die alten Referenzpunkte der Vergangenheit (Frieden, Wohlstand) sind ein wenig veraltet. Ökologische Themen scheinen vielversprechend, da die Bürger das Gefühl haben, dass diese notwendigerweise über den Nationalstaat hinaus entwickelt werden müssen. Die EU-Erweiterung macht noch immer Angst, wie es die Eurobarometer-Umfragen immer wieder unter Beweis stellen. Es fällt den Franzosen schwer sich einzugestehen, dass die Grenzen der Union nahezu grenzenlos sein könnten.

Weiterführende Literatur

- Argenson, Pierre-Henri d': L'influence française à Bruxelles: les voies de la reconquête, in: *Politique étrangère*, 4/2008, S.857-870.
- Dehousse, Renaud/Menon, Anand: The French presidency, in: *The JCMS Annual Review of the European Union 2009*, S. 99-111.
- Michel Foucher: *L'Europe und l'avenir du monde*, Paris, Odile Jacob, 2009.
- Guilloud, Laetitia: Révision constitutionnelle et intégration européenne, l'insoutenable légèreté de la Constitution, in: *Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger*, 2/2009, S. 397-424.
- Jouyet, Jean-Pierre: Je t'aime moi non plus: les Français et l'Union européenne: bilan et perspectives d'une action européenne, in: *L'Etat de l'opinion 2009*, S. 145-162.
- Christian Lequesne: *La France dans la nouvelle européenne. Assumer le changement d'échelle*, Paris, Presses de Sciences Po, 2008.
- L'Ecotais, Muriel de: *Europe: la France qui triche?*, Paris 2008,
- Ratka, Edmund: *Frankreichs Identität und die politische Integration Europas: der späte Abschied vom Nationalstaat*, Baden-Baden 2009.
- Schild, Joachim: *Europapolitik in einer verunsicherten Gesellschaft* in: Schild, Joachim/Uterwedde, Henrik (Hrsg.): *Die verunsicherte Französische Republik*, Baden-Baden 2009, S. 193-218.
- Thierry Chopin: *France-Europe. Le bal des hypocrites*, Paris, Editions Saint Simon, 2008.